

Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie - Konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative ? -

- Gekürzte Fassung -

A) Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

I. Wir befinden uns in einem 'globalen Ozean' des Kapitalismus -

in der Ausprägung des Neoliberalismus (= markt extremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem 11.09.1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus) durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem Datum wurde im Chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“) der neoliberale / angebotsorientierte / monetaristische Kapitalismus erprobt - unter Ablösung/Verwerfung des Keynesianismus/Links-Keynesianismus.

Seit Ende der 1970'er / Anfang der 1980'er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA) / „Thatcherismus“ (GB) - in deren Folge die „Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten *F r e i h a n d e l s*, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im „Washington-Konsensus“, nur eins bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine *U m v e r t e i l u n g* der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig 'Kapitalismus' ? - dieses System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend als Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist ' bezeichnet wird? Die Ungerechtigkeit - die lähmende Krankheit an der gelitten wird - hat den konkreten Namen *K a p i t a l i s m u s*. Dem Kapitalismus (das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts- / Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

- a) Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),
- b) (exponentielles) Wachstum als *u n u m g e h b a r e r* Wachstumsimperativ,
- c) Profitmaximierung,
- d) Kapitalakkumulation,
- e) Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen,

f) *hemmungsloser bis unumkehrbarer Natur-/Umweltverbrauch (Ressourcenverbrauch), völlige Überlastung der Schadstoffaufnahme-systeme (Schadstoffaufnahme-senken). (Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).)*

Kapitalistische Wirtschaftsweise

Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise "eingeschrieben", auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.

Papst Franziskus

Papst Franziskus sagt es in seiner Enzyklika Fratelli tutti (2020) - Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft - (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem Wirtschaftsmodell, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuworfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“

Grundlegende Bemerkungen zur Arbeit und zum Lohn

Mindestlohn

In Deutschland erleben wir gegenwärtig einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist. Ein Renteniveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt. Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tariffucht grassiert. Durch Tariffucht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

Erntehelfer

Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

Bezahlung von Frauen und Männern

Sehr viele Frauen und Männer werden weiterhin für gleichwertige Arbeit nicht gleichwertig bezahlt. Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die All-erletzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Papst Franziskus

Papst Franziskus weist in Fratelli tutti (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“

Grundlegende Bemerkungen zum Wachstum

Grün - kapitalistische Denkansätze

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein 'nachhaltiges Wachstum' als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen - als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist 'Nachhaltiges Wachstum' ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

*Aber auch die Begriffe **quantitatives Wachstum** und **qualitative Entwicklung** bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten/ zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung / Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie 'wertvolles' Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung: 'menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung' geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.*

Papst Franziskus

*In Fratelli tutti (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. Und - Franziskus führt uns, insoweit **generell** und hier abschließend, in Fratelli tutti (21) eine sehr wesentliche - oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte (!) - Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. (...) Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“*

Die entscheidenden Fragen sind also:

Wie gelangen wir aus dem allgegenwärtigen Kapitalismus heraus?

Welche Wesenszüge kennzeichnen dieses neue System?

Wie nennen wir dieses neue System?

B) Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Versuch einer Antwort:

1.

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land / dem Land der Verheißung / dem Land des NICHT-Kapitalismus.

Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen aus dem Kapitalismus herauszugelangen/ den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus - und somit auch der Arbeitsformen/der Arbeitsinhalte - in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut Ökologie kompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z.B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

2.

Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tarifflicht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbezahlt. Selbst im Covid-19-Pandemie-Jahr 2020 waren es knapp 1,7 Milliarden Überstunden. In 2020 war mehr als die Hälfte dieser Überstunden unbezahlt! Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine 'Kurze Vollzeit für alle' mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

3.

Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von 'öffentlich' und 'privat', die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen alle in zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind

für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend "Obrigkeitsverhältnisse" fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese "Obrigkeitsverhältnisse" in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

4.

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung *W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e* müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem „Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds zugute, der auch Genossenschaften (s.u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profit machen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Z.B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und *d e m o k r a t i s c h e* Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

5.

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer "transformativen Demokratie". Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

6.

*Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich Räte (z.B. nach dem Vorbild - oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) - der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen in Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z.B. an Regionale Wirtschafts- räte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen 'Fachverständes', welcher die Parlamentarische Demokratie nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als fachliche Beratung herangezogen werden muss - z.B. bei der Grundgesetz gemäßen/verfassungsgemäßen, notwendigen Sozialisierung (= Vergesellschaftung) von unverzichtbaren Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom Fachvotum der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für Räte sind weiter: Ökologieräte / Klimaräte / Energieräte / Land- und Forstwirtschaftsräte / Wohnungsbauräte / Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte 'Marktkonforme Demokratie' / 'die unsichtbare Hand des Marktes' bzw. eine 'Postdemokratie' (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten!*

7.

Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die 'Grundversorgung' (= von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

C) Der unverzichtbar anzustrebende Ziel-Zustand

System des Nicht-Kapitalismus

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Sein wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: "Nur noch Utopien sind realistisch".)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, Fairer Handel nicht Freihandel (s.u.)!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) WAS für WEN WOZU WIE hergestellt/produziert wird (zumindest bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt bedarfsorientiert / bedarfsgerecht zuallererst gemäß den

Erfordernissen des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge und nicht in erster Linie profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als Maxime heißen: "Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens".

Ein solches System kann auch bezeichnet werden als Demokratischer, ökologischer Sozialismus.

Die 'Sozial-ökologische Transformation' - der Gerechte Wandel, welche/welcher in der Wirtschaftsdemokratie (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des Ziel - Zustands den positiven Abschluss!

Buen Vivir

Bei diesem Gerechten Wandel kann z.B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das 'Gute Leben' bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

Suffizienz

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas 'genug' ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Strategischer Konsum

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen

erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

Entscheidend ist die Produktionssphäre

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - e n t s c h e i d e n d ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, a l l e s a u ß e r dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellen stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. E n t s c h e i d u n g e n über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne e n t s c h e i d e n über das 'Was', das 'Wie' und das 'Wozu' von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben P r o d u z e n t e n s o u v e r ä n i t ä t aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

Helmut Gelhardt

Sprecher Gerechter Welthandel

der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) DV Trier und KAB LV RLP

Mitglied des BUND und der NaturFreunde

14. Juni 2021 / 06. Dezember 2021